

6. Sitzung

am Dienstag, dem 16. Dezember 2003

.....

Stadtbürgerschaft 131 6. Sitzung/16.12.03

Aktuelle Stunde

Die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur und die Vorteile des Outsourcings in der Bildungspolitik

Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen)	142
Abg. Rohmeyer(CDU).....	
Abg. Frau Hövelmann (SP.....	146
Senator Lemke	147
Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen)	150

.....

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von der Abgeordneten Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur und die Vorteile des Outsourcings in der Bildungspolitik.

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke. Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Letzte Woche war viel los in Bremen. Es waren 8000 Leute am Donnerstag auf der Straße, um gegen die Pläne des Senats zum neuen Schulgesetz zu demonstrieren. Es war die größte bildungspolitische Demonstration, die wir seit Jahren erlebt haben.

Wir, Bündnis 90/Die Grünen, unterstützen die Leute, die auf die Straße gegangen sind, und zwar aus zwei Gründen. Einerseits haben sie die richtige Kritik an dem, was der Senat in der Schulstruktur plant, und andererseits zeigen diese 8000 Leute, dass sie eigene Vorstellungen von dem haben, wie Schule organisiert werden soll, was in Schule passieren soll. Jeder Bildungspolitiker, jede Bildungspolitikerin müsste eigentlich laut Hurra schreien, wenn 8000 Leute, die von Bildungspolitik konkret betroffen sind, auf die Straße gehen

und sagen, so und so wollen wir es machen,
(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
mit eigenen Konzepten, mit eigenen Vorstellungen,
wie das System nach dem Pisa-Schock besser
werden kann. Wir müssen diese Leute und die
Lehrerinnen und Lehrer, die nach achteinhalb
Jahren großer Koalition immer noch nicht resigniert
haben, unterstützen.

Es gibt einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen
dem, was die Leistungsträger in der Schule
kritisieren, und dem, was hier heute auf der Tagesordnung
steht, nämlich die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur,
denn das Schulgesetz soll die
äußere Struktur des Bildungswesens, wie es jetzt
existiert, ganz erheblich ummodellieren, und das, was
mit der GmbH passieren wird, ist nichts anderes,
als dass die notwendige innere Strukturreform, die
in der Schule passieren muss, verhindert wird.

Stadtbürgerschaft 143 6. Sitzung/16.12.03

Mit der Änderung des Schulgesetzes in einem Affentempo
soll eine Schulstruktur geschaffen werden,
die Bremen bildungspolitisch zurück in die
fünfziger Jahre katapultieren soll. Es sind doch
keine blöden Leute, die aus dem Pisa-Schock folgende
Konsequenz ziehen, zum Beispiel Johannes
Beck. Wir müssen uns nicht an Bayern orientieren,
wo eine optimale Sortierung der Schülerinnen
und Schüler in verschiedene Schubladen, aus
denen sie nie wieder herauskommen, vorgenommen
wird, das zwar bundesweit Spitze ist, aber im
internationalen Vergleich ziemlich mies dasteht.
Wir müssen uns vielmehr an den skandinavischen
Ländern orientieren, wo der Begriff eine Schule für
alle kein linkes Schlagwort, sondern Konsens bei
allen Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern
ist, und zwar völlig zu Recht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die gemeinsame Unterrichtung aller Schülerinnen
und Schüler, solange es geht, eine Forderung der
Demonstration vom Donnerstag, muss unser Ziel
sein. Wir wollen die bestmögliche Förderung jedes
einzelnen Schülers und nicht die bestmögliche
Sortierung in irgendwelche Schubladen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Kompromiss der Koalition mag zwar dazu führen,
dass Kollege Rohmeyer in diesem Jahr unter
dem Weihnachtsbaum besonders energisch tanzen
kann, weiß er doch, dass es eben nicht der
gerechte Kompromiss zwischen zwei bildungspolitischen
Konzepten ist, wo dann beide gut miteinander
leben können, denn die Arbeit in den integrierten
Stadtteilschulen, also den Schulen, wo bei
Pisa herausgekommen ist, dass das die Schulen
sind, wo Schülerinnen und Schüler in Bremen am
besten gefördert werden, die Arbeit in diesen integrierten
Stadtteilschulen wird behindert, wenn
ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler vorab

aussortiert wird, wenn die auf das Gymnasium gehen. Es kann die integrierte Stadtteilschule nicht funktionieren neben einem gegliederten System, wo vor allen Dingen diejenigen, die leistungsstärker sind, andere Bildungsgänge wählen und dann in den Gesamtschulen fehlen, wo dann im Prinzip nur noch das stattfindet, was in den integrierten Haupt- und Realschulen stattfindet. Man könnte dann im Prinzip am Ende des Prozesses, den die große Koalition beschreibt, die Gesamtschulen bis auf ein paar wenige Ausnahmen auch in Sekundarschulen umbenennen.

Die äußere Struktur gibt vor, was die Möglichkeiten des Systems im Inneren sind. Das ergibt die äußere Struktur, und davon hängen die Möglichkeiten ab, was innen in der Schule passieren kann. Da ist der wichtige Dreh- und Angelpunkt für die weitere Entwicklung die Frage, ob es gelingt, eine vernünftige Qualitätsentwicklung zu organisieren. Die Vereinbarung gemeinsamer Bildungsstandards auf Bundesebene, auf Ebene der Kultusministerkonferenz mag da vielleicht helfen, es ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber der notwendige Prozess in den Schulen wird dabei nicht beschrieben.

Qualitätsentwicklung kann und muss von außen angestoßen werden, aber auch eine noch so tolle Bildungsbehörde kann sie nicht selbst betreiben. Das muss vor Ort passieren. Ich will ein System, in dem in der Schule überlegt wird, was die Stärken, die Schwächen und die Messinstrumente sind, mit denen wir Qualität messen können, und was die Schritte sind, die daraus folgen müssen, wenn festgestellt wird, dass die Qualität nicht erreicht wird, die wir haben wollen. Dazu sind Schulen heute nicht in der Lage. Was sie brauchen, sind Unterstützungssysteme, zentral oder regional, das ist hier nicht die Frage, die die Schulen in diesem Prozess unterstützen.

Was wir aber vor allem mehr benötigen, das sind mehr Freiräume für die Schulen, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Wirklichkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzen, die Probleme vor Ort mit eigenen Mitteln selbst zu lösen. Wenn jetzt mit der Einführung der neuen Bildungsinfrastruktur-Gesellschaft vorangeschritten wird, dann müssen wir uns genau anschauen, was dort eigentlich passiert. Das Erste, was passiert, ist, dass eine neue mittlere Führungsebene eingeführt wird. Überall, wohin wir auch in der Wirtschaft schauen, werden Hierarchien abgeflacht. In jedem Unternehmen fragt man sich: Benötigt man die mittlere Ebene überhaupt? Das, was wir hier machen, ist, genau diese mittlere Ebene einzuziehen.

Es wird für die Schulen künftig nicht mehr nur die Bildungsbehörde als Ansprechpartner übrig bleiben, sondern es wird zusätzlich eine Gesellschaft geben, mit der sie sich auseinander setzen müssen. Es entsteht ein völlig neuer Steuerungsaufwand. Schulen, aber auch die Gesellschaft selbst werden vor lauter Controllingberichten überhaupt nicht mehr wissen, wo es langgeht. Wir sind nicht gegen Controllingberichte, das ist überhaupt nicht die Frage, aber es ist doch eine Frage der Struktur, ob zusätzlich Controllingberichte und all der Verwaltungsaufwand, der ganze Steuerungsaufwand neu produziert werden oder ob man sich gleich eine Struktur überlegt, in der solch ein interner Verwaltungsaufwand von vornherein vermieden wird.

144 6. Sitzung/16.12.03

wand neu produziert werden oder ob man sich gleich eine Struktur überlegt, in der solch ein interner Verwaltungsaufwand von vornherein vermieden wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird eine neue Struktur fest zementiert, die kein einziges der Probleme, die ich beschrieben habe, löst, sondern sie behindert die Lösung, denn in den nächsten Jahren werden sich die Schulen vor allen Dingen damit auseinander setzen müssen, wie sie mit dieser neuen GmbH zurecht kommen, anstatt sich vernünftig um Qualitätsentwicklung in ihrer eigenen Schule zu kümmern.

Ein Projekt, das immer wieder als Argument für diese Gesellschaft genannt wird, ist, dass künftig auch ein Bademeister Schwimmunterricht geben soll. Wollen wir einmal sehen, wie viele es denn tatsächlich werden! Die Frage ist doch: Benötigt man dafür diese GmbH, oder könnte man es auch anders organisieren? Es gibt jetzt doch bereits freie Träger, mit denen die Bildungsbehörde Verträge geschlossen hat. Es sind doch längst Leute, die nicht im öffentlichen Dienst sind, an Schulen tätig. Das ist doch auch eine vernünftige Entwicklung. Wir als Grüne haben immer gesagt, dass, wenn sich Schule dem Stadtteil öffnet, der Gesellschaft öffnet, dann nicht mehr nur Lehrerinnen und Lehrer verbeamtet bis zur Pensionierung in Schulen tätig sein dürfen, sondern dass da auch noch weitere Berufsgruppen einbezogen werden müssen. Das ist richtig, aber genau dafür braucht man diese Gesellschaft überhaupt nicht. Das hat man bislang anders organisieren können, dann geht es auch weiterhin.

Im Prinzip kann man diese Bildungsgesellschaft darauf reduzieren, dass es einen Finanztrick gibt. 25 Millionen Euro fehlen in 2004 und 2005 im Bildungshaushalt. Das haben wir in der Bildungsdeputation heute Morgen zur Kenntnis genommen. Das sind genau die 25 Millionen Euro, die dieser Gesellschaft als Startkapital zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich um nichts anderes als einen Finanzierungstrick, investive Mittel, für die Schulden aufgenommen werden dürfen, werden

umgerubelt in konsumtive Mittel, sie werden nämlich tatsächlich für konsumtive Zwecke ausgegeben, aber sie stehen als Investitionen im Haushaltsplan. Das ist schlichtweg ein Trick! Wenn man den Fetisch hat, einen verfassungskonformen Haushalt zwar nicht haben zu wollen, aber ihn zumindest darstellen zu können, (Abg. Pflugradt [CDU]: Das ist kein Fetisch!) dann ist das vielleicht eine Notwendigkeit, aber das ist gerade nicht unser Ansatzpunkt.

Wir sagen, wir wollen Ehrlichkeit im Haushalt, wir wollen Transparenz im Haushalt, wir sind auch dafür, dass bei Bildung ein politischer Schwerpunkt gesetzt wird. Diese 25 Millionen Euro müssen dem konsumtiven Eckwert für Bildung hinzugefügt werden, das ist richtig, dafür stehen wir auch, aber diese Gesellschaft ist nichts anderes als ein Umrubelungstrick!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Glocke)
Wir fordern den Bildungsminister auf, im Interesse der Schülerinnen und Schüler weder die äußere noch die innere Struktur in die Richtung zu entwickeln, wie es geplant ist! Suchen Sie das Bündnis mit den Schülerinnen und Schülern, den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Leuten, die am letzten Donnerstag gezeigt haben, dass ihnen eine vernünftige Bildung etwas wert ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir Ende letzter Woche die Nachricht vom Antrag der Grünen für diese Aktuelle Stunde bekommen haben, da habe ich mir schon gedacht, da wird es eine substantielle Debatte geben, und die Grünen werden hier einen sachlichen Beitrag leisten, aber das war völlig am Thema vorbei! Nach Noten wäre das eine Sechsgewesen, Herr Kollege Köhler! In der Leistungsbeurteilung hätte ich gesagt, Sie haben sich bemüht, hier etwas aufzubauen, aber Ihr Ziel nicht erreicht. Das ist einfach der Versuch, noch einmal eine bildungspolitische Debatte in allgemeiner Form zu führen, die - -.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie auch Argumente, oder benoten Sie nur? Das ist eine Unverschämtheit! Das ist ein ganz mieser Stil!)

Frau Linnert, ich komme jetzt zu Argumenten, im Gegensatz zu Herrn Köhler, der hier nur allgemein gesagt hat, was an der Schulreform schlecht ist, der dabei aber völlig vergessen hat, dass wir in Bremen Grund haben, unser Schulsystem zu reformieren!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, dann reformieren Sie einmal!)

Die Koalition, Frau Linnert, hat deutlich gemacht, dass es hier um einen tief greifenden Prozess

Stadtbürgerschaft 145 6. Sitzung/16.12.03

geht. Das bedeutet erstens: Wir wollen den Unterricht verbessern. Dafür gibt es eine Reihe von Arbeitsaufträgen, von Maßnahmen, die zurzeit laufen.

Das Zweite ist, dass wir die Struktur der Schulen ändern, meine Damen und Herren! Auch das ist ein weiterer Prozess. Der dritte Prozess ist dann die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur, die dafür sorgen soll, dass viele Prozesse, die heute noch umständlich laufen, in Zukunft effizienter laufen sollen, und auch hierzu gibt es zurzeit einen Prüfauftrag, meine Damen und Herren von den Grünen.

Ich hatte gedacht, dass Sie hier etwas konkreter werden, dass Sie vielleicht einmal sagen, was Sie wollen, aber Sie haben eigentlich gesagt, es soll so bleiben, wie es ist, es wäre ja alles super. Meine Damen und Herren, es ist nichts im bremischen Schulsystem super gewesen! Wir haben schlechte Pisa-Ergebnisse, und darum müssen wir hier einen Gesamtprozess beginnen, der einen Wandel herbeiführt, meine Damen und Herren! Die Koalition hat beschlossen, dass wir hier eine Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur auf den Weg bringen wollen. Dazu ist eine Reihe von Prüfungen notwendig. Diese Prüfungen sind bis heute noch nicht abgeschlossen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Sie beschließen, ohne zu prüfen! Das ist ja interessant!)
Wir haben nichts beschlossen, Frau Linnert! Wir haben gesagt, wir lassen prüfen, wie so etwas aussehen soll. Dieser Prüfungsprozess läuft. Da ist das Finanzressort eingebunden, da ist das Bildungsressort eingebunden. Die CDU hat den Wunsch gehabt, dass der Rechnungshof frühzeitig eingebunden werden wird. Wir lassen natürlich auch noch Externe darauf schauen, was wir hier machen, weil wir schon die Erfahrung gemacht haben, dass man, wenn man es nur innerhalb bremischer Sicht macht, vielleicht doch nicht so gut wird.

Das Ziel muss doch sein, meine Damen und Herren, dass wir das bremische Schulsystem insgesamt verbessern. Das Ziel muss aber auch sein, dass wir hier die Schulen eigenständiger machen, Schulen müssen eigenständiger werden. Das ist kein Problem von Finnland oder Bayern. Bayern ist sehr viel weiter als Bremen, und Bayern ist auf einem Niveau, auf das wir erst einmal kommen müssen, Herr Kollege Köhler. Ohne Deutschland wäre Bayern unter den Top Ten der Pisa-Sieger. (Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Was?)

Von daher würde ich nicht immer so schlecht über diejenigen sprechen, die hier in Deutschland im Bildungsbereich hervorragende Leistungen gebracht haben, und immer nur auf andere Länder

schauen. Der Bildungssenator selbst hat gesagt, man könne Finnland hier nicht einfach auf Bremen übertragen, also versuchen Sie es auch nicht, Herr Kollege Köhler, das bringt einfach nichts, weil die Fakten ganz andere sind und sich die gesellschaftlichen Systeme hier überhaupt nicht übertragen lassen!

Die Eigenständigkeit von Schule ist eine Frage, die ganz einfach an gewisse Kriterien gerichtet werden soll. Diese Kriterien bedeuten, dass, wenn man Schulen eigenständig macht - -

(Unruhe auf dem Besucherrang - Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, ich bitte die Zuhörerinnen und Zuhörer auf den hinteren Rängen, hier bitte keine Kundgebungen zu veranstalten! Nach der Geschäftsordnung ist Missbilligung oder Applaus von den Zuschauern nicht zulässig. Ich bitte Sie also, den Saal zu verlassen! Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 14.52 Uhr)

*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 14.53 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die Sitzung wieder.

Herr Kollege Rohmeyer, Sie können fortfahren!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir Schulen mehr Eigenständigkeit und mehr Selbständigkeit geben, wofür wir als CDU klar sind, dann bedeutet es aber auch, dass es klare Vorgaben geben muss. Dies bedeutet, wir brauchen Verbindlichkeit und Überprüfbarkeit von Lehrplaninhalten, wir brauchen eine Festsetzung von Erziehungszielen, wir brauchen definierte Aufgaben und Ziele der verschiedenen Bildungswege. Die Schulen und die Ergebnisse der Arbeit der Schulen müssen transparent evaluiert werden, und, meine Damen und Herren, wir brauchen überprüfbare und vergleichbare Standards für Schulabschlüsse durch zentrale Abschlussprüfungen.

Teile hiervon haben wir schon auf den Weg gebracht, bei einem Teil der formulierten Ziele sind wir als Koalition gerade dabei. Von daher, meine Damen und Herren, gehen wir hier in Bremen den Stadtbürgerschaft 146 6. Sitzung/16.12.03 richtigen Weg. Nur, sich hier heute hinzustellen, wie die Grünen es getan haben, und erst einmal drei Viertel der Redezeit allgemeine Kritik am Bildungssystem oder an der Bildungspolitik der Koalition zu üben, ohne auf das Thema der Aktuellen Stunde einzugehen, war schon eine ziemliche Anmaßung, meine Damen und Herren!

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Die weiteren Punkte, die der Kollege Köhler genannt hat, waren so allgemein und auch nicht auf das Thema eingehend, dass ich schon sagen muss, dass ich sehr gespannt bin, wie Sie dann in

der inhaltlichen Debatte, wenn wir später auch tatsächlich Vorlagen haben, damit umgehen. Ich hoffe, dass das dann etwas substantiierter sein wird.

Für heute bin ich schon der Auffassung, dass die Prüfaufträge, die erst einmal abzuarbeiten sind, abgearbeitet werden müssen und wir dann, wenn die Verwaltung ihre Arbeit gemacht hat, als Politik darauf auch entsprechend aufbauen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich den Stand der Beratungen vor Augen führt, dann scheint es doch angebracht zu sein, etwas größere Gelassenheit bei dem Thema zu haben.

Die geplante Gesellschaft, Herr Kollege Köhler, ist kein Kampfinstrument zur Durchsetzung einer Schulstruktur, sondern die geplante Gesellschaft ist ein Instrument, um in schwierigen Zeiten das von der Koalition vereinbarte Ziel, nämlich dass Bildung absolute Priorität hat, auch durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Finanztrick!)

Dieses Ziel werden wir übrigens ausdrücklich nicht aus den Augen verlieren, und da wird Ihnen auch Ihre Schwarzmalerei, Herr Kollege Köhler, oder ich spreche einmal alle Kolleginnen und Kollegen der Grünen an, nichts nützen. Ich komme darauf gleich noch zurück.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Die Koalition hat Grundlagen für die Erreichung des Ziels vereinbart. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus den Beschlüssen des Koalitionsausschusses vom 9.11.2003, dort wird gesagt:

„Die Koalition begrüßt den Vorschlag des Senats, eine Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur als Pilotgesellschaft zu gründen.“ Zur Konkretisierung dieses Beschlusses sind wir im Moment in den Beratungen, die Parlamentarier übrigens nicht vornan, sondern vornan erst einmal die vorlegenden Ressorts, das Bildungsressort und das Finanzressort. Es müssen die inhaltlichen, die haushaltsrechtlichen und die steuerrechtlichen Details genauso geklärt werden wie personalrechtliche, und das dauert eine Zeit. Dafür ist natürlich auch ein Blick von außen sinnvoll, und er kann notwendig sein. Das sage ich ganz ausdrücklich auch im Hinblick auf die Debatte, die wir im Haushaltsausschuss geführt haben. Ich finde es richtig, dass wir Parlamentarier diesen Prozess eng begleiten und auch die parlamentarische Kontrolle ernst nehmen, indem wir sagen, jeder einzelne Euro, der für externe Beratung notwendig ist, muss inhaltlich begründet werden, den beiden beteiligten parlamentarischen

Gremien, also der Bildungsdeputation und dem Haushalts- und Finanzausschuss, zur Genehmigung vorgelegt werden. Das ist richtig, denn ich denke, wir müssen bei diesen Fragen auch sehen, dass wir unsere Verantwortung ernst nehmen. Auch die Frage der parlamentarischen Kontrolle und der parlamentarischen Steuerung spielt hierbei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wir werden darauf achten, dass die Gesellschaft sich nicht so selbständig macht, dass sie von uns nicht mehr gesteuert werden kann. In der Gründung einer Gesellschaft liegen sicher Risiken. Das nehmen wir auch alle ernst, also nicht nur die Kolleginnen und Kollegen der Grünen haben das Privileg, darüber nachzudenken, ob ein Instrument richtig oder falsch ist. Ihre Alternative, Herr Köhler, habe ich wohl gehört und habe ich auch wohlwollend gehört, einfach einmal eben 25 Millionen Euro mehr auf den Eckwert, und das dauerhaft, sie geht allerdings an der Realität vorbei. Wenn man sich vielleicht einmal neben seine eigene Rolle stellt, ehrlich ist und die Haushaltssituation Bremens anschaut, übrigens auch die Ergebnisse der Pisa-Studie vielleicht nicht ganz so aufgeregt, sondern sachlich beurteilt, dann bin ich sicher, Herr Köhler, dass auch wir gemeinsam nicht zu ganz anderen Ergebnissen kommen würden.

Es sind Risiken darin, aber es sind auch Chancen. Diese Chancen müssen wir gestalten. Das haben wir uns vorgenommen. Es ist hier eben schon über erweiterte Autonomie und die größere VerStadtbürgerschaft
147 6. Sitzung/16.12.03

antwortung der Schulen für das, was sie natürlich unter staatlicher Kontrolle tun, gesprochen worden. Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn ich das gehört habe, was Herr Köhler gesagt hat, was Herr Rohmeyer gesagt hat, sind wir ja eigentlich schon auf dem Weg zu einem finnischen Konsens, denn die größere Autonomie der Schulen scheint hier im hohen Hause doch sehr mehrheitsfähig zu sein.

Genauso die Verbesserung der Qualität, auch hier treffen sich alle drei Fraktionen! Die Qualität muss kontrolliert werden, und wenn ich Kontrolle sage, dann meine ich auch Kontrolle. Es muss geschaut werden, was beim Schulbetrieb herauskommt, denn wir haben die Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen und dafür, sie fit zu machen zu bestehen. Das heißt also, ich sehe da gar nicht so schwarz, Herr Köhler. Aller Anfang ist schwer, aber jedes Ziel erreicht man mit dem ersten Schritt. Das haben wir ja von den Chinesen gelernt. Kommunikation ist sicher ein ganz wichtiges Instrument. Sicher können wir die Kommunikation auch noch verbessern. Entscheidungen über die Bildungsinfrastrukturgesellschaft fallen hier im

Rahmen der Haushaltsberatungen im Parlament.
Ich erwarte natürlich, wie alle hier im Hause, dass bis dahin offene Fragen geklärt werden.
Zum Schluss möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen. Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, ich erinnere mich sehr gut an heftige Debatten bei der Einführung der verlässlichen Grundschule, da haben Sie die schwärzesten Farben an die parlamentarische Wand gemalt. Eben haben wir gehört, zurück in die fünfziger Jahre, alles wird schlechter. Heute möchte niemand mehr auf die verlässliche Grundschule verzichten. 84 Prozent an freiwilligen Anmeldungen sprechen dafür. Das zeigt doch deutlich, dass wir auch der Entwicklung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur eine faire Chance geben müssen.
Herr Köhler, Sie werden es nicht schaffen, diese Gesellschaft von Anfang an schlecht zu reden und damit dafür zu sorgen, dass wir dieses Instrument nicht gestalten, sondern ich gehe davon aus, dass wir nach sorgfältiger Erarbeitung zu einer anderen Bewertung kommen als die, die heute zu Beginn der Debatte hier angeklungen ist.
- Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion, die wir heute führen, hält sich vielleicht nicht ganz so klar an die Bildungs-GmbH, sondern sie durchmengt das Thema mit der Tagesaktualität. Das ist auch nicht schlimm, darauf können wir auch gern eingehen. Deshalb werde ich mich nicht ausschließlich auf die Bildungs -GmbH beziehen, sondern ich gehe auf das ein, was Herr Köhler und dann anschließend auch Herr Rohmeyer gesagt haben.

Meine Damen und Herren, die Pisa-Ergebnisse in Bremen sind, da sind wir alle einer Meinung, absolut unbefriedigend. Dennoch muss ich Herrn Rohmeyer heftig widersprechen, wenn er sagt, nichts ist super an Bremer Schulen. Das ist nicht richtig, lieber Herr Rohmeyer!

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht haben Sie sich auch eben versprochen. Es gibt unglaublich viele tolle Kollegien, Schulen, Leistungen in verschiedenen Bereichen, die Sie eigentlich kennen müssten, so dass Sie sich hier vielleicht etwas versprochen haben. Es gibt ausgesprochen gute Projekte an Bremer Schulen, auf die wir insgesamt auch stolz sein können und von denen wir auch immer wieder Kenntnis nehmen. Dennoch ist die Tendenz richtig zu sagen, das, was insgesamt an Leistungen herauskommt, ist absolut unbefriedigend. Da bin ich an Ihrer Seite, aber schon in dieser differenzierten Form.
Wenn wir uns jetzt die Leistungen anschauen, die

mangelhafte Ausbildungsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler, wenn sie die zehnte Klasse absolvieren, oder auch wenn sie ein Abitur zustande bringen, das nicht den Vergleich mit dem Abitur anderer Bundesländer aushält, dann muss es uns betreffen machen. Dann müssen wir es alle als einen gemeinsamen Auftrag ansehen, diesen Leistungsunterschied zwischen den einzelnen Bundesländern, ja sogar zwischen den einzelnen Großstädten aufzuheben, denn es ist ja nicht nur eine Frage Schleswig-Holstein und Bremen, sondern bitte schön die Frage, wie sieht es denn zwischen Bremen, Hamburg, München und Berlin aus. Auch da sind unsere Ergebnisse leider nicht so gut, dass wir sagen können, es ist kein Problem, im Großstadtvergleich stehen wir gut da. Wenn das Konsens ist, und ich habe eigentlich in den drei Debattenbeiträgen in dieser Frage keinen Dissens gesehen, dann muss die Frage gestattet sein, wie wir, ohne wieder in die ideologischen Grabenkämpfe der sechziger, siebziger Jahre zu verfallen, es den Eltern überlassen können, zu welcher Bildungseinrichtung sie ihre Kinder schicken. Ist es der richtige Weg, die Kinder zur Gesamtschule zu schicken, so haben wir dieses Angebot gerade in der Strukturdebatte jetzt in der Anzahl der Schülerinnen und Schüler fast verdoppelt. Wir haben das gymnasiale Angebot, so wie es in fast allen Bundesländern üblich und anwählbar ist für die Menschen in anderen Bundesländern, und wir haben, wo die Erziehungswissenschaftler sagen, dass es ausgesprochen klug ist, die Verkopplung der Haupt- und Realschule in eine Sekundarschule vorgenommen. Ich glaube, dass die Eltern sehr wohl entscheiden werden und die Schulen sich eine Menge Mühe geben werden, attraktiv für die Eltern zu sein, mit besonders guten Leistungen die Schülerinnen und Schüler in die Schulen zu holen. Ich habe keine Angst um die Gesamtschulen in ihrem Wettbewerb, da wir sie auch ausdrücklich damit ausstatten, dass sie besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler vorab aufnehmen können. Das war bisher nicht der Fall, dass hier die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler vorab ein Vorgangsrecht, einen Vorzug haben vor den Schülerinnen und Schülern, die eher problembehaftet sind. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, um starke Gesamtschulen auch am Leben zu halten und sie nicht von vornherein in eine Schräglage im Wettbewerb zu bringen. Das ist der qualitative Bereich. Jetzt kommt der andere erschreckende Bereich. Wie Sie alle wissen, geben wir unverhältnismäßig viel Geld aus für dieses Schulsystem mit den hier geschilderten Ergebnissen. Da muss es erlaubt sein zu sagen, angesichts der dramatischen

Haushaltsnotlage in unserer Stadt, das war praktisch der Kompromiss, dem wir im Senat nach dem Koalitionsausschuss zugestimmt haben, jawohl, es bleibt bei einer Priorität für Bildung und Wissenschaft. Ganz klare Priorität unserer zukünftigen Senatsarbeit nach wie vor!

Angesichts der dramatischen Haushaltsnotlage aber muss auch der Bildungssenator bereit sein, darüber nachzudenken, wie er dieses zu teure System effizienter gestalten kann. Wie kann ich ansonsten mit den Senatskollegen über Einsparungen in deren Bereichen diskutieren, wenn sie mir nachweisen, dass wir, ich glaube, nach Hamburg, das zweitteuerste System haben? Das mag sich übrigens nach den neuesten statistischen Angaben etwas verändert haben, weil wir in den letzten vier Jahren an vielen Stellen effizienter gearbeitet haben, als das vorher der Fall war. Ich bin neugierig auf die neuen Statistiken, aber selbst wenn wir dann an vierter oder fünfter Stelle liegen würden, erkenne ich immer noch viele Punkte, wo wir sagen können, hier können wir besser und effizienter arbeiten.

Es gibt übrigens eine Vielzahl von Bereichen, Herr Köhler hat einen genannt. Das ist eigentlich mein Lieblingsprojekt, wo ich sage, wir können 40 Prozent sparen, wenn die Schwimmstunden für die Drittklässler nicht mehr ausschließlich durch wissenschaftlich ausgebildete Lehrer ausgeführt werden, sondern wenn wir das eben durch die Gesellschaft für öffentliche Bäder durchführen lassen.

Die Quote derjenigen Drittklässler, die es geschafft haben, schwimmen zu lernen, hat sich von 79 auf 85 Prozent gesteigert. Ich kann niemanden finden, der sagt, lieber Senator Lemke, das ist ein falscher Weg. Das ist meines Erachtens ein richtiger Weg, dass wir zu einer deutlichen Effizienzsteigerung im Schwimmenlernen kommen und gleichzeitig 40 Prozent der Kosten sparen. Ähnliche Dinge kann ich mir auch in anderen Momenten des Schulalltages vorstellen.

Ich habe eine Schule kennen gelernt, da hat eine Lehrerin Entlastungsstunden bekommen, weil sie morgens um viertel nach sieben die Schule aufgeschlossen hat. Das ist kein Spaß, sondern Schulalltag.

Sicherlich nur eine Momentaufnahme, aber da frage ich, warum ich es nicht über eine stärkere Autonomie der Schulen organisieren kann, dass solche Aufgaben von anderen Personen im Personalmix, ähnlich erfolgreich, wie wir es in der verlässlichen Grundschule gemacht haben, übernommen werden. Warum ist es nicht möglich, wenn wir textiles Gestalten oder Werken unterrichten, wenn es notwendig ist, die Klasse zu teilen - ich gestehe es ein, textiles Gestalten oder Werken mit 28 oder 30 Schülern zu machen ist schlichtweg unmöglich -, unter der pädagogischen Aufsicht

des wissenschaftlich ausgebildeten Lehrers einen Bootsbauer, so wie ich es wunderbar an der Kinderschule an der Schwachhauser Heerstraße gesehen habe, für den Werkunterricht einzusetzen, ohne Gesellschaft mit einer starken Autonomie an der Stelle? Warum ist es nicht der richtige Weg, darüber nachzudenken, inwieweit wir hier das für mich zu teure Bremer Schulsystem effizienter gestalten, ohne dass wir dadurch Qualitätseinbrüche erfahren? Das ist natürlich die Meßlatte, an der wir uns orientieren müssen. In diesem Bereich, meine Damen und Herren, gibt es vielfältige Möglichkeiten. Ich bekomme immer wieder Klagen darüber, dass mich Elternvereine mit der Tatsache konfrontieren, lieber Willi Lemke, wir sind aufgefordert, Verträge abzuschließen mit allen steuerrechtlichen Konsequenzen, mit Personen, die jetzt in der Schule arbeiten und die das, was Sie hier vorhaben, umsetzen. Dann sage ich, es kann doch nicht angehen, dass wir ernsthaft von den Elternvereinen verlangen, dass sie mit Einzelpersonen Verträge abschließen und immer große Sorgen haben, ob das, was sie dort machen, steuerrechtlich alles richtig bedacht ist, und mir andererseits die Behörde sagt, wenn wir es denn machen, bekommen wir sofort Klagen, dass sich diese Personen in den öffentlichen Dienst einklagen, obwohl Stadtbürgerschaft 149 6. Sitzung/16.12.03 wir diese Aufgaben möglicherweise nur ein, zwei oder drei, vier Jahre benötigen. Ich habe jeweils einen Vertrag, um bei dem Beispiel der Gesellschaft für öffentliche Bäder zu bleiben, den schließe ich über ein Jahr mit der Gesellschaft ab. Im Augenblick mache ich das noch über die Behörde, beabsichtige aber ähnliche Modelle, um die Schulen und Schulvereine in die GmbH zu entlasten, um dort nicht unter den Bestimmungen und Anordnungen der Erlasse des öffentlichen Dienstes zu arbeiten, sondern wesentlich flexibler und damit effizienter arbeiten zu können, letztendlich im Interesse der Schülerinnen und Schüler, aber natürlich auch im Interesse der Schulleitungen und der Kollegien zu arbeiten. Dies wird unweigerlich dazu führen, das ist der Kontrakt, den wir eingegangen sind, indem wir diese finanzpolitische Konstruktion im Senat gefunden haben, dass wir sagen, wir bekommen jetzt etwas mehr und müssen dies aber in Raten von 1,8 Prozent des konsumtiven Bereiches abbauen, um das damit dann mittel- und fast langfristig, etwa über zehn Jahre, wieder auf ein Niveau zu bringen. Ich glaube, es ist zu schaffen! Es wird natürlich nicht von den Berufsschulen erwartet, dass dieses Geld eingespart wird, sondern es wird durch vielfältigste Prozesse gelingen, dies zu erreichen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir es schaffen, wenn wir die Autonomie der

Schulen stärken. Deshalb haben wir uns gesagt, die Berufsschulen, die eigentlich am stärksten und am besten dazu in der Lage sind, sollen zuerst mit uns kooperieren. Sie haben größte Bedenken angemeldet, weil sie dachten, oh weh, jetzt bekommen wir nicht mehr unsere verbeamteten Lehrer, oder wir müssen die acht Millionen, die einzusparen sind, innerhalb kürzester Zeit erbringen. Das ist überhaupt nicht so geplant, sondern im Gegenteil, wir glauben, dass die Berufsschulen die Schulen sind, die am stärksten fortgeschritten sind in ihren Autonomiebestrebungen.

Wir wollen, wenn wir Standards setzen - und Sie haben ja mitbekommen, dass wir dabei sind über die KMK, bundesweit Standards zu setzen -, dass die Ziele der Schulen definiert sind. Wir wissen doch, dass es in den Schulen viele Bedenken gibt, dass wir jetzt miteinander vergleichen. Wir haben das zum Beispiel jetzt seit zwei Jahren an den Grundschulen gemacht und das erste Mal auch in den zehnten Klassen, dass wir Vergleichsarbeiten haben. Es ist keine Schule in ihrem Ansehen geschädigt worden, weil die Ergebnisse möglicherweise nicht so gut ausgefallen sind wie in der Nachbarschule, sondern wir haben es sehr diskret in den Schulen, so wie Herr Köhler es gefordert hat, diskutiert.

Wir fordern, diesen Qualitätsprozess in die Schulen hineinzubringen, aber dazu brauchen sie Vorgaben, sie müssen Standards haben, sie müssen auch Aufgaben zur Verfügung gestellt bekommen, damit nicht jede einzelne Schule dies erarbeiten muss. Ein ganz wichtiger Prozess, wobei wir die Schulen aber unterstützen müssen! Im Prinzip haben Sie das eben auch in Ihrem Beitrag gefordert, Herr Köhler, ich habe es mir jedenfalls extra notiert. Dabei müssen wir die Schulen unterstützen, aber sie brauchen auf diesem Weg hin zu einer Qualitätsverbesserung - -.

(Zuruf des Abg. Köhler [Bündnis 90/Die Grünen])
Sie haben vorhin das Beispiel gebracht, dass wir den Qualitätsprozess fördern müssen, deshalb will ich Ihnen darauf auch antworten. Das war eben kein Tadel für Ihre Rede, sondern das war ein Lob, Herr Köhler, dass Sie nämlich richtig gesagt haben, wir brauchen einen verbesserten Unterricht, eine stärkere Qualitätskontrolle an den Schulen. Dafür müssen wir aber auch die Schulen entsprechend stärken. Das ist eine Aufgabe. Das ist eine Führungs- und Lenkungs Aufgabe der Behörde. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es absolut klüger ist bei dezentralen Dingen, die besser in den Schulen in Verbindung mit einer GmbH zu leisten sind als mit der Behörde.

Ich will es Ihnen auch noch einmal an einem plastischen Beispiel klarmachen: Wir haben Schulen mittlerweile mit Musikprofilen ausgestattet, eine

sehr schöne Geschichte. Wer das einmal live vor Ort erleben möchte, geht zum Beispiel in das Schulzentrum Sebaldsbrück und schaut sich die dortigen Orchesterklassen an, die langsam hochwachsen - ich glaube, sie sind mittlerweile in der achten Klasse -, wie dort ein Musikprofil eine ganze Schule unglaublich mit Glanz ausweist. Hier habe ich mich bemüht, dies in die Grundschulen auszuweiten und zu versuchen, in den Grundschulen die Basis für dieses Musikprofil zu schaffen, um das in der ganzen Stadt auszuweiten. Ich habe dann darum gebeten, dass wir das mit der Musikschule machen, einen Kontrakt zwischen der Bildungsbehörde und der Musikschule. Leider ist es nicht möglich gewesen. Wissen Sie warum, Herr Köhler? Weil mir gesagt worden ist, wenn die Behörde hier einen Vertrag mit der Musikschule macht, werden wir unmittelbar anschließend mit Klagen überzogen, so wie ich es vorhin schon angedeutet habe, weil diese Lehrerinnen und Lehrer sagen, wir sind hier an der Schule, wir sind als Lehrer eingesetzt, und wir verklagen das Land Bremen auf sofortige Einstellung und Bezahlung als A-13-Beamte. Deswegen konnten wir diese vernünftige Idee, dort Ressourcen einzukaufen, Stadtbürgerschaft 150 6. Sitzung/16.12.03 um sie an unseren Grundschulen und Sek-I-Schulen einzusetzen, nicht realisieren. Etwas anderes ist es, wenn wir eine Gesellschaft gründen und sagen: Liebe Gesellschaft, ihr bekommt im Rahmen ganz bestimmter Vorgaben - der Standarderreichungen in Absprache mit den Schulen - ein Budget, und dieses Budget wird auf die Schulen verteilt, und ihr seht zu, dass ihr die Leistungen sowohl sächlich als auch personell einkauft. Ein Lehrmeister, der nur zehn Stunden den Unterricht begleitet, Unterweisungen vornimmt, muss nicht unbedingt eine Vollzeitstelle bekommen. Da kann ich mich an die Innung wenden und sagen: Hört einmal zu, habt ihr einen Schlachtermeister, der Ausbildungserfahrung hat, und können wir den für die Unterweisung in die Schule X oder Y geben? Im Augenblick wird es nicht praktiziert. Im Augenblick werden diese zehn Stunden durch eine Vollzeitstelle abgedeckt. Überlegen Sie sich aber einmal den Effizienzverlust, der dadurch zustande kommt, dass wir dies für zehn Stunden einkaufen! Das ist ein ganz klares, weiteres kleines Beispiel dafür, dass es höchste Zeit ist, dies zu durchforsten und zu überprüfen, was wir effizienter gestalten können, damit wir die Kosten, die unverhältnismäßig hoch in Bremen sind, senken können. Nun hat sich Herr Köhler zum Schluss ganz klar zum Personalmix bekannt. Das finde ich auch ausgesprochen positiv, das war einmal bei der

Einführung der verlässlichen Grundschule noch ganz anders, noch viel umstrittener. Jetzt sagen Sie ja zum Personalmix, das finde ich absolut positiv. Sie haben sich außerdem für die Position des Senats ausgesprochen, einen ganz klaren Schwerpunkt für Bildung zu setzen, und ich höre natürlich auch gern, wenn Sie sagen, ich als Parlamentarier möchte ihnen lieber die Mittel, die sie dringend und nötig brauchen, um ihre Hausaufgaben zu machen, über die Rahmeneckwerte geben. Das ist aber leider nicht möglich.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Quatsch!)

Das können wir nicht!

Wir haben uns vorgenommen, dem Parlament einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Wir haben unsere Hausaufgaben mit allen Mühen und Nöten geschafft, und es ist jetzt keine leichte Aufgabe für uns. Deshalb können wir noch nicht auf alle Fragen antworten. Das gilt auch für die CDU-Fraktion. Herr Kastendiek hat uns einen 16 Punkte umfassenden Brief geschrieben, den ich nur zum Teil schon jetzt detailliert beantworten kann. Wir planen die Gründung der GmbH im Juni/ Juli/August. Bis dahin müssen alle Fragen beantwortet werden, um dann die ersten vier Millionen, ich denke, im Rahmen von Betreuungsgeschichten den Ganztagschulen, den verlässlichen Grundschulen und anderen Projekten zu geben. Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wir haben im Augenblick eine ganz schwierige Situation. Mir ist die Demonstration auch aufgefallen, und ich habe in den letzten 14 Tagen eine Menge nachzudenken gehabt. Meine Schlussfolgerungen sind nicht ganz identisch mit Ihren, das ist ja eigentlich auch kein Wunder. Ich denke aber, wir müssen den Schulen sagen, ihr müsst euch stärker als bisher Ziele setzen, die von uns definierten Standards einhalten, guten Unterricht geben, und wir müssen verstärkt schauen, dass die Schulen sich intern und extern dabei überprüfen. Jetzt kommt etwas ganz Wichtiges: Wir müssen besser als bisher, besser, als es die Orientierungsstufe geschafft hat, den schwächeren Schüler viel früher diagnostizieren, so wie wir es zum Beispiel jetzt schon im Kindergarten gemeinsam mit der Kollegin Röpke begonnen haben, verstärkt dann fördern, so wie ich es Ihnen vorhin in der Fragestunde berichtet habe über die 330 - Sie erinnern sich - Kinder, die wir in Leseintensivkursen haben, bis hin zu den Dingen, die nachher letztendlich dazu führen, dass die Schülerinnen und Schüler nicht die Schule verweigern, sondern mit Freude zur Schule gehen, weil sie in unseren Schulen willkommen sind.

Genauso muss ich, Herr Rohmeyer, den starken Schüler fordern und ihm zusätzliche Angebote geben.

Das können wir, glaube ich, besser mit dem jetzigen System, wo jedes Elternpaar entscheiden kann, wohin es das Kind gibt. Ob die Gesamtschule das richtige Angebot für die Kinder ist, das Gymnasium oder die Sekundarschule, das sollen die Eltern entscheiden. Das Entscheidende ist aber, dass sie einen guten Unterricht erfahren. Das ist zehnmal besser als die Schulstrukturdebatte. Darauf müssen wir achten,
(Beifall bei der SPD)
und ich bitte Sie recht herzlich, mich dabei weiterhin zu unterstützen! - Danke sehr!
(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es handelt sich Stadtbürgerschaft 151 6. Sitzung/16.12.03 bei dieser Gesellschaft um einen Finanzierungstrick. Es werden Mittel umgerubelt von investiven - so, wie es im Haushalt dann ausgegeben wird - in konsumtive Mittel, wofür sie real ausgegeben werden. Wenn Sie diesen Fetisch verfassungskonformer Haushalt hochhalten, ist das sicherlich eine notwendige Konsequenz, das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Wenn aber die Konsequenz, die Sie daraus ziehen, ist - diese 25 Millionen für Bildung, die wollen wir alle, das ist, glaube ich, unumstritten -, dass neue Steuerungsprobleme entstehen, und auch, mit Verlaub gesagt, Herr Senator, Ihre Rede hat mich nicht überzeugt, dass diese Steuerungsprobleme durch Einziehen einer weiteren Verwaltungsebene nicht entstehen,
(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
wenn das die Konsequenz ist, um einen verfassungskonformen Haushalt darstellen zu können,
wenn die Konsequenz daraus ist, dass die Struktur im Bildungsbereich schlecht gemacht wird und am Ende schlechter dasteht als jetzt, dann ist das ein Problem.

Mein Vorschlag zur Frage, wie eine vernünftige Bildungsbehörde aussehen sollte, ist deutlich: eine kleine strategische Einheit zur Steuerung der Strategie im Bildungswesen! Dafür braucht man viel weniger Leute, als jetzt in der Behörde tätig sind, regionale, von mir aus auch in bestimmten Bereichen zentrale Unterstützungssysteme, wo die Schulen autonom vor Ort entscheiden können, wir brauchen dies, das und jenes an Beratung, an externen Ressourcen und so weiter. Ein Großteil der Leute, die zurzeit in der Bildungsbehörde beschäftigt sind, kann zurück in den Unterricht gehen, und das wäre, glaube ich, der beste Effizienzgewinn, den man sich im Bildungssystem vorstellen kann. - Danke!
(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren,

weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.